»Disziplinierte Demokratie«

Myanmars Militärs lassen wählen und inszenieren sich als Gralshüter der nationalen Einheit

Von Rainer Werning

Anhänger der vom Militär unterstützten Regierungspartei USDP auf einer Wahlveranstaltung in Yangon am Freitag Foto: AP Photo/ Gemunu Amarasinghe

Wenn am Sonntag in Myanmar, dem früheren Birma, die ersten landesweiten freien Wahlen seit 25 Jahren stattfinden, haben dessen Streitkräfte (Tatmadaw) allen Grund zum Feiern. Dann nämlich wird ein Prozess abgeschlossen sein, den sie selbst vor zwölf Jahren eingeleitet haben. Ab 2003 verfolgte die Militärjunta unter dem damaligen Ministerpräsidenten Khin Nyunt einen »Sieben-Punkte-Plan«, durch den das Land bis 2015 demokratisiert werden sollte. Doch die wesentlichen Schritte zur »disziplinierten Demokratie« erfolgten erst unter dessen Nachfolger Than Shwe, Myanmars starkem Mann von 2004 bis 2011. Dieser verpasste sich selbst den Titel »Senior General«, um so seinen exklusiven Herrschaftsanspruch zu untermauern.

Nach nur drei Jahren im Amt galt Than Shwe bereits als die mit Abstand meistgehasste Person des Landes. Im Herbst 2007 hatte er einen von Mönchen und Studenten angeführten Aufstand brutal niederschlagen lassen. Nur wenige Monate später verscherzte er es sich zudem mit der sogenannten internationalen Staatengemeinschaft: Als der verheerende Wirbelsturm »Nargis« 2008 weite Teile des Landes verwüstete, ließ Than Shwe nur begrenzt und staatlich streng kontrolliert ausländisches Hilfspersonal und Hilfslieferungen zu. Washington, London und Paris erwogen daraufhin eine direkte Intervention unter dem Label »humanitäre Schutzmaßnahme«.

2011 verblüffte Than Shwe jedoch all seine Kritiker: Er überließ die Regierungsgeschäfte seinem Generalskollegen und frisch gekürten Präsidenten Thein Sein und der von diesem dominierten Partei für Unionssolidarität und Entwicklung (USDP). Während andere Despoten unzeremoniell gestürzt oder mit Schimpf und Schande aus dem Amt gejagt wurden, nahm der »Senior General« freiwillig seinen Hut und zog sich unauffällig ins Privatleben zurück – ein geschmeidiger Abgang nach Maß.

Seitdem hat Myanmar im Schnelldurchlauf eine Entwicklung durchgemacht, die Kenner des Landes lange für unmöglich gehalten hatten: Auf einmal wurden unabhängige Gewerkschaften und Streiks erlaubt, politische Gefangene wurden scharenweise freigelassen. So etwa die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die sich nach langen Jahren des Hausarrests wieder frei bewegen und politisch betätigen konnte. Ihre Partei, die Nationale Liga für Demokratie (NLD), wurde legalisiert, und die Pressezensur wurde aufgehoben. Myanmar war auf einmal international hoffähig geworden. Kein Wunder, dass unter solchen Bedingungen multinationale Konzerne ihre Chance witterten und auch die frühere US-Außenministerin Hillary Clinton sowie US-Präsident Barack Obama dem Land offizielle Besuche abstatteten.

Trotz Manipulationen und Einschüchterungen deutet vieles darauf hin, dass die Wahlen im Sinne des Reformprozesses genügend frei und fair ablaufen werden. Wahrscheinlich wird in der nächsten Legislatur eine größere Zahl von Oppositionellen die Parlamente beleben. Die Macht der Tatmadaw und ihre Aura als Wahrer der Einheit des Landes werden jedoch ungebrochen bleiben – zumindest, solange die prekäre Sicherheitslage im Norden und Nordosten des Landes bestehen bleibt, wo sich das Militär erbitterte Kämpfe mit bewaffneten Gruppen wie der »Kachin-Unabhängigkeitsarmee« (KIA) und der »United Wa State Army« (UWSA) liefert. #